

Meldung Deutsche Presse Agentur vom 2006-03-09 16:53

Energie/Stromleitungen/Planungsgesetz/

(Zusammenfassung 1700)

Regierungsstreit um Ausbau der Stromnetze - Irritation über Kosten

Berlin (dpa) - In der Bundesregierung wird nach Angaben aus der Stromwirtschaft heftig über den Ausbau der Stromnetze im Rahmen des Gesetzes zur Beschleunigung von Infrastrukturprojekten gestritten. So wolle das Umweltressort von Sigmar Gabriel (SPD) bei den Abstimmungen mit dem von Michael Glos (CSU) geleiteten Wirtschaftsministerium teure Erdkabel-Verlegungen durchsetzen, berichteten der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) und der Verband der Netzbetreiber (VDN) im VDEW am Donnerstag in Berlin. Das Umweltministerium erwägt Erdkabel nach eigenen Angaben nur für «einen sehr kleinen Teil der Netztrassen». Es hielt den beiden Verbänden Falschinformationen vor.

Die beiden Verbände beklagten riesige Kostenunterschiede bei den alternativen Leitungssystemen und lösten damit Irritationen aus. «Die beabsichtigte Entlastung von Planungsverfahren für neue Stromleitungen droht zu einem Hemmschuh zu werden», meinte VDEW-Hauptgeschäftsführer Eberhard Meller. VDN-Geschäftsführer Konstantin Staschus sprach von 750 000 Euro Durchschnittskosten je Kilometer Hoch- und Höchstspannungs-Freileitung. Für Höchstspannungs-Erdkabel «müssen dagegen 3,5 bis 7,5 Millionen Euro je Kilometer veranschlagt werden», ermittelten die Netzbetreiber. Laut Studie der vom Bund eingerichteten Deutschen Energie-Agentur (dena) zur Integration der Windenergie sei von 850 Kilometern Netzausbau auszugehen. Damit kosteten die Freileitungen im Schnitt 637,5 Millionen, während Erdkabel 2,98 bis 3,1 Milliarden verschlängen. Andererseits bestätigte der VDN auf Nachfrage, dass in der dena-Studie von Leitungskosten von 1,1 Milliarden auszugehen sei.

«Hier wird - absichtlich oder unabsichtlich - mit falschen Zahlen und Fakten operiert», erwiderte eine Sprecherin des Umweltressorts auf dpa-Anfrage. «Richtig ist, dass derzeit die Abstimmung der beteiligten Ressorts läuft, wie der notwendige Ausbau des Stromnetzes umweltgerecht und kostengünstig vorangebracht werden kann. In diesem Zusammenhang haben viele Landkreise und Kommunen die Bundesregierung aufgefordert, ihre Wohngebiete und Naturschutzgebiete nicht durch weitere Hochspannungsmasten zu beeinträchtigen.» Das Ressort habe den Vorschlag «erarbeitet, wonach es im Ermessen der Stromnetzbetreiber liegt, in diesen sensiblen Gebieten Erdkabel zu verlegen.»

Auch der Vize-Vorsitzende der SPD-Fraktion, Ulrich Kelber sagte der dpa: «Man sollte nicht unbedingt den Zahlen der Stromversorger glauben. Diese sollten vor allem die vollen Netzkapazitäten nutzen und nicht weiterhin versuchen, sich die `unliebsame` Windenergie vom Halse zu halten», hielt er den Netzbetreibern vor.

Der VDEW erklärte dagegen, das Umweltministerium baue «zusätzliche

Hürden auf, statt die Zulassungsverfahren für den dringend notwendigen Ausbau der Netze zu entschlacken». Für den VDN ergänzte Staschus: «Wer ständig günstigere Netzentgelte fordert, darf nicht gleichzeitig die Investitionskosten massiv erhöhen.» Die Errichtung neuer Freileitungen müsse beschleunigt werden. Nach Verbandsangaben gibt es derzeit in der Bundesrepublik 1,65 Millionen Kilometer Stromleitungen. Davon umfasst das Höchstspannungsnetz (zwischen 220 000 und 380 000 Volt) etwa 36 000 Kilometer.

Das Beschleunigungsgesetz will einerseits die für die Neuen Länder gültigen verkürzten Planungsverfahren zu Gunsten von Verkehrs- Investitionen auf ganz Deutschland ausdehnen. Zugleich soll es den beschleunigten Bau neuer Stromleitungen ermöglichen. Dieser Teil ist noch zwischen Glos und Gabriel abzustimmen, während der verkehrspolitische Teil bereits fertig ist. Die Ressorts liefern den Koalitionsfraktionen zu, die das Gesetz als Bundestagsinitiative einbringen werden. Damit ist eine beschleunigte Beratung möglich.

dpa wb yydd ra
091652 Mrz 06